

Beschluss

Energiewende in Deutschland – Grün geht voran

**Die Zukunft gestalten: erneuerbar, dezentral-demokratisch und effizient-energiesparend
Die atomare Vergangenheit endgültig beenden**

Die Konsequenzen aus Fukushima

Die Atomkatastrophe in Fukushima hat die Welt wachgerüttelt. Dass in einem Hochtechnologie-land wie Japan mehrere Atomreaktoren gleichzeitig außer Kontrolle geraten und es zu drei parallelen Kernschmelzen kommt, zeigt, welch unermessliches Risiko diese Technologie für Mensch und Natur bedeutet. Die ganze Tragweite der Katastrophe ist bis heute noch nicht absehbar, aber eines ist jetzt schon klar: Die Menschen in der Region und weit darüber hinaus werden noch jahrzehntelang unter den Folgen leiden.

Fukushima hat nicht nur in Deutschland die Koordinaten der Energiepolitik grundlegend verschoben. Die Schweiz will keine neuen Atomkraftwerke mehr bauen. In Italien stimmten bei einem Referendum rund 95 Prozent gegen die Atomenergie. In vielen Ländern auf der ganzen Welt steigt die Ablehnung der Atomkraft in der Bevölkerung, so in der Türkei, in Japan, Tschechien, Polen und sogar in Frankreich. Ein erfolgreicher Komplettausstieg in einem Industrieland wie Deutschland würde diese Entwicklungen unterstützen und den Druck für einen europa- und weltweiten Ausstieg erhöhen. Wir Grüne kämpfen auch international für das Ende der Atomkraft.

Atomkraft – für die Energieversorgung der Welt heute schon von nachrangiger Bedeutung – wird in Europa zum Auslaufmodell. In den nächsten Jahren werden sehr viel mehr Atomkraftwerke stillgelegt als neue gebaut.

Der Klimaschutz ist eine unserer größten Zukunftsaufgaben. Der Klimawandel schreitet schneller voran als dies noch vor wenigen Jahren abzusehen war und die Folgen der Erderwärmung sind vielerorts bereits seit Jahren spürbar. Es ist also höchste Zeit für eine umfassende Energiewende. Die Vergangenheit mit Atom muss schnellstmöglich beendet werden. Die Zukunft gehört der grünen Energiewende. Sie ist erneuerbar, effizient und energiesparend. Eine wirkliche Energiewende gibt es nur mit uns Grünen – dafür streiten wir weiter, gemeinsam mit den Umweltverbänden, der Anti-AKW-Bewegung und vielen anderen in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis.

Die zivile Nutzung der Atomenergie war schon immer eng verknüpft mit der militärischen. Ein endgültiges Ende der zivilen Nutzung in Deutschland bedeutet für uns auch ein starkes Zeichen im Kampf gegen die militärische Nutzung dieser Technologie. Eine erfolgreiche und vollständige Vermeidung der Verbreitung von spaltbarem Material wird nur dann gelingen, wenn dessen Quellen geschlossen werden. Wir Grüne werden deshalb zusammen mit Friedens-, Umwelt- und Anti-Atom-Bewegungen weiter für einen schnellstmöglichen Atomausstieg in Deutschland und weltweit eintreten.

Fukushima wurde für die schwarz-gelbe Bundesregierung zum politischen Desaster. Noch im Herbst wollten Merkel, Röttgen und Brüderle die angeblich „sichersten Atomkraftwerke der Welt“ (Merkel) bis 2040 oder sogar länger laufen lassen. Nun müssen sie ihr Milliardengeschenk an RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW wieder einkassieren. Die Laufzeitverlängerung wird zurückgenommen, die sieben ältesten Atomkraftwerke plus Krümmel gehen – bis auf die geplante sogenannte Kaltreserve – endgültig vom Netz und die Zockerei mit den Reststrommengen hat endlich ein Ende. Das Märchen von der Stromlücke wurde als das entlarvt, was es ist – ein Blendwerk der vier großen Energieversorger und der schwarz-gelben Atomlobbyisten.

Diese 180-Grad-Wende nach nur sieben Monaten ist ein historischer Sieg der Anti-AKW-Bewegung, der Umweltverbände und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – und ein beispielloses Debakel für eine vollkommen verfehlte schwarz-gelbe Atompolitik. Zu Hunderttausenden haben die Menschen gegen die Laufzeitverlängerung gekämpft, sind für den schnellstmöglichen Ausstieg und die Stilllegung der ältesten Reaktoren auf die Straße gegangen, haben auf Mahnwachen gestanden und bei Blockaden gesessen – aber auch im Parlament und vor dem Bundesverfassungsgericht haben wir Grüne als Teil der Bewegung seit über 30 Jahren dafür gestritten. Zusammen haben wir gewonnen: Der Kampf der Pro-Atomparteien dagegen ist zu Ende.

Grüne Energiewende statt Merkel-Murks

Selbst wenn sich Schwarz-Gelb in der Atomfrage bewegt hat – für die notwendige grüne Energiewende bleibt diese Bundesregierung ein Totalausfall. Die Union hat sich seit Jahren als Dagegen-Partei profiliert. Gemeinsam mit der FDP war sie gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz und hat auf Landesebene zum Beispiel den Ausbau von Windenergie systematisch bürokratisch verhindert. Nicht umsonst sind Bayern und Baden-Württemberg Schlusslichter beim Ausbau der Windenergie. Hier hat die jahrelange Blockadepolitik unionsgeführter Landesregierungen Spuren hinterlassen. CDU und CSU haben gegen den Emissionshandel gekämpft und verbindliche Energiesparziele abgelehnt. Angela Merkel will uns jetzt glauben machen, dass sich diese Positionierung der Union schlagartig geändert, ja sogar ins Gegenteil gekehrt habe. Doch die Merkel'sche Energiewende ist eine Mogelpackung. Zu wenig, zu langsam und von oben herab.

Merkel'sche Mogelpackungen

Anstatt zielstrebig den vollständigen Umstieg auf erneuerbar erzeugten Strom anzugehen, strebt die Bundesregierung bis 2020 einen Ökostromanteil von lediglich 35 Prozent an. In Wahrheit heißt das, sie will den Ausbau verlangsamen, statt ihn zu beschleunigen. Und danach richtet sie ihre Politik aus.

- Sie will eine Kostengrenze für das Erneuerbare-Energien-Gesetz, zugleich aber die Industrie großzügig von der Umlage befreien. Das ist sozial ungerecht und schädlich für den Ausbau erneuerbarer Energien.
- Sie verschlechtert die Förderung für preiswerte und schnell verfügbare Windkraftanlagen an Land, treibt das Repowering nicht voran und richtet mit der Marktprämie sowie der üppigen Förderung für Windparks auf See das Erneuerbare-Energien-Gesetz einseitig auf Großunternehmen aus. Zusätzlich zielt die Koalition auf weitere Kürzungen beim Solarstrom.
- Zentral statt dezentral ist die schwarz-gelbe Devise. Nicht die dezentralen Erneuerbaren, sondern neue Kohlekraftwerke sollen den größten Anteil des wegfallenden Atomstroms ersetzen. Die Planung soll gestrafft, Bürgerbeteiligung eingeschränkt, der Neubau der Klimakiller mit Milliardenbeträgen subventioniert werden – ausgerechnet aus dem Klimaschutzfonds. Unsinniger geht es kaum. Statt in die Energiezukunft führt uns Schwarz-Gelb zurück ins letzte Jahrhundert. Gleichzeitig wird der Ausbau umweltschonender Kraft-Wärme-

Kopplungsanlagen weiter dahinsiechen, wenn Schwarz-Gelb nicht endlich die Förderbedingungen verbessert.

- Von oben herab will die Bundesregierung das Land mit neuen Stromtrassen durchziehen. Zentralisierung der Planung beim Bund anstelle transparenter Verfahren und mehr Akzeptanz durch Erdkabel – Schwarz-Gelb organisiert den Netzausbau nicht mit den Bürgerinnen und Bürgern, sondern gegen sie.
- Auch beim Energiesparen bleibt die Merkel-Regierung ein Totalausfall. Auf EU-Ebene blockiert die Bundesregierung ein verbindliches Einsparziel von 20 Prozent. Im eigenen Land betreibt sie das Energiesparen nur als unverbindliche und freiwillige Schönwetterdisziplin. Wirksame Maßnahmen zur Senkung des Stromverbrauchs sucht man bei Schwarz-Gelb vergebens. Das erst kürzlich von der Koalition zusammengestrichene Gebäudesanierungsprogramm wird viel zu zögerlich wieder aufgestockt. Und das, obwohl das Programm Milliardenaufträge für Handwerk und Industrie bringt und sich über die zusätzlichen Steuereinnahmen selbst finanziert. Klimaschutz, Arbeitsplätze und Einsparungen in Milliardenhöhe bleiben so auf der Strecke.

Die jetzt von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzesnovellen zum Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Leitungsnetze und Speicherkapazitäten werden dem Anspruch einer echten grünen Energiewende nicht gerecht. In dieser Form können wir diesen Gesetzen nicht zustimmen.

Erster Schritt zum Atomausstieg – wir sagen: „Ja, aber“

Mit der Rücknahme der Laufzeitverlängerung kehrt die Bundesregierung zum rot-grünen Atomgesetz von 2001 zurück, sie akzeptiert zugleich die durch Tricksereien der AKW-Betreiber erschlichenen längeren Laufzeiten. Mit den festen Ausstiegsdaten wird das Ende der Atomkraft jedoch besser abgesichert. Zehn Jahre Kampf von Angela Merkel gegen den Ausstieg enden mit einer krachenden Niederlage. Die von den Regierungsfractionen jetzt vorgelegt Novelle des Atomgesetzes (AtG) nimmt die Laufzeitverlängerung zurück, schaltet bis auf die sogenannte Kaltreserve die sieben ältesten AKW plus den Pannereaktor Krümmel endgültig ab und legt für alle restlichen AKW in Deutschland jeweils ein festes Abschaltdatum fest. Damit kommt Schwarz-Gelb Forderungen entgegen, die wir auch in den grünen Gesetzesanträgen formuliert haben und für die Hunderttausende auf die Straßen gegangen sind. Die Ergebnisse bleiben aber hinter diesen Forderungen zurück. Nichtsdestotrotz sind diese Vorschläge der Bundesregierung zum Atomausstieg ein Schritt in die richtige Richtung. Gleichzeitig konterkariert sie mit der unsinnigen sogenannten Kaltreserve den konsequenten Ausstieg. Diese Vorschläge der Bundesregierung zum Atomausstieg sind ein Schritt in die richtige Richtung. Wir drängen aber mit aller Kraft weiter darauf, dass Schwarz-Gelb diese Novelle rechtssicher begründet, sie in wesentlichen Punkten verbessert und sie im Grundgesetz verankert. Gerade bei der Frage der Sicherheit der Atomanlagen, bei der Beendigung der Urananreicherung und Brennelementeproduktion, beim Neubeginn einer Endlagersuche nach Stand von Wissenschaft und Technik und bei den Laufzeiten bleibt die Bundesregierung hinter den Erfordernissen zurück. Dazu werden wir im parlamentarischen Verfahren konkrete Änderungsvorschläge machen. Deshalb sagen wir GRÜNE zur vorgelegten unzureichenden schwarz-gelben Atomgesetz-Novelle ein deutliches „ja, aber“.

Der Abschaltplan der Bundesregierung bis 2022 ist nicht der schnellstmögliche Atomausstieg. Er bleibt hinter den Vorschlägen der Ethikkommission zurück. Zwar hat Baden-Württembergs grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann gemeinsam mit seinen Länderkollegen erreicht, dass der ursprüngliche Ausstiegszeitplan von Angela Merkel nach vorne gezogen wurde. So wurde ein zehnjähriges Ausstiegsmoratorium verhindert. Wir Grüne haben aber nachgewiesen: Deutschland kann versorgungssicher, rechtssicher und klimafreundlich bis 2017 komplett aus der Atomenergie aussteigen. Sowohl im Bundesrat als auch im Bundestag haben wir das durch unterschiedliche Initiativen deutlich gemacht und für unseren Ausstiegsplan um Mehrheiten geworben. Wir bedauern

und kritisieren scharf, dass die Bundesregierung nicht den Mut zu einem schnelleren, auch vom Umweltbundesamt durchgerechneten Ausstieg hat. Aber die Frage, ob die sieben ältesten Anlagen plus Krümmel vom Netz gehen sollen oder nicht, werden wir nicht verneinen. Wir stimmen für die Stilllegung dieser acht Schrottreaktoren. Auch werden wir für die Rücknahme der Laufzeitverlängerung stimmen, mit der Atomkraftwerke in Deutschland bis mindestens 2040 weiter laufen würden.

Hinzu kommt: Für uns Grüne ist der breite Konsens möglichst aller politischen Parteien im Bundestag für den Ausstieg aus der Hochrisikotechnologie Atom ein Wert an sich. Damit wird vor einem erneuten Ausstieg vom Ausstieg eine extrem hohe politische Hürde errichtet. Die – vielleicht einmalige – Chance auf einen solchen politischen Kompromiss besteht jetzt, in diesem Moment nach Fukushima. Deswegen sind wir Grüne grundsätzlich bereit, die AtG-Novelle im Bundestag mitzutragen.

Gleichzeitig werden wir mit allen politischen Mitteln auf allen Ebenen dafür kämpfen, den Atomausstieg rechtssicherer und schneller zu bewerkstelligen, dazu gehört:

- Der Ausstieg muss endgültig sein. Daher werden wir die Debatte um eine Festschreibung des Verzichts auf die Atomkraft ins Grundgesetz genau so weiter führen, wie um einen schnelleren Ausstieg bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode.
- Die sieben ältesten Atomkraftwerke sowie das AKW Krümmel bleiben endgültig auf gesetzlicher Basis abgeschaltet. Eine „atomare Kaltreserve“ lehnen wir ab. Sie ist gefährlich, technisch unsinnig und darüber hinaus unnötig, da genügend Reserveleistung existiert bzw. durch flexible Gaskraftwerke bereitgestellt werden kann.
- Wir wissen: Der Atomausstieg ist bis 2017 seriös umsetzbar. Wir werden daher die Bundestagswahl 2013 zu einer Abstimmung über eine beschleunigte Energiewende machen. Im Falle einer GRÜNEN Regierungsbeteiligung werden wir die Rahmenbedingungen so ändern, dass das letzte AKW noch deutlich vor 2022 abgeschaltet wird.
- Atomstrom darf nicht durch zusätzliche Kohlekraftwerke kompensiert werden und die Klimaschutzziele dürfen nicht aufgeweicht werden.

Aber Angela Merkel muss auch wissen: Wer wirklich einen breiten gesellschaftlichen Konsens für den Atomausstieg will, der muss auch ernsthafte Verhandlungen mit uns Grünen, den anderen Oppositionsparteien, mit den Umweltverbänden und der Anti-AKW-Bewegung führen. Eine parlamentarische Mehrheit ist noch kein gesellschaftlicher Konsens.

Merkels Atomwende ist notwendig, aber nicht hinreichend. Für uns Grüne ist damit eine Zwischenetappe in unserem langen Kampf gegen die Atomkraft und für einen grundlegenden Umbau der energetischen Infrastruktur unseres Landes hin zu den Erneuerbaren Energien erreicht. Doch wir sind noch lange nicht am Ziel. Und wenn Union und FDP glauben, ein Thema, das für sie zum Waterloo wurde, nun mit einigen hektischen Gesetzesnovellen abräumen zu können, dann fallen sie von einem Irrtum in den nächsten.

Wir haben immer zuverlässig im Rahmen unserer politischen Möglichkeiten für die schnellstmögliche Abschaltung aller AKWs in Deutschland gekämpft. Bürgerinitiativen und die ganze Bevölkerung konnten sich darauf genauso verlassen wie unsere politischen Konkurrenten, die Pioniere der Energiewende genauso wie die Atomkonzerne. Wir werden auch weiterhin mit aller Kraft dafür arbeiten, dass das letzte Atomkraftwerk so bald wie möglich endgültig vom Netz geht, und zwar deutlich vor dem von der Bundesregierung geplanten Jahr 2022. Insofern ist unsere Zustimmung zur Änderung des Atomgesetzes als Zustimmung zum Ausstieg zu verstehen, nicht aber zu seinem Zeitplan. Wir werden die allgemeine Akzeptanz für einen früheren Ausstieg erhöhen durch eine Beschleunigung der Energiewende; und wir werden veränderte politische Mehrheiten im Bundestag

dafür nutzen, alle dafür notwendigen politischen Prozesse und Gesetzesänderungen anzustoßen und durchzusetzen.

Mehr Sicherheit nötig

Denn selbst bei der Rücknahme der eigenen Gesetze ist die Bundesregierung nicht konsequent. Sie hat nicht alle vorgenommenen Verschlechterungen zurückgenommen.

Jedes noch laufende AKW bleibt eine Gefahr, daher brauchen wir deutlich höhere Sicherheitsanforderungen als bisher. Umgehend muss dafür der § 7d, der die Sicherheitsstandards senkt, aus dem AtG gestrichen werden. Gegen diesen Paragraphen klagt die grüne Bundestagsfraktion vor dem Bundesverfassungsgericht. Außerdem muss die Bundesregierung endlich die noch vom grünen Bundesumweltminister Jürgen Trittin 2003 in Auftrag gegebene und seit über zwei Jahren endlich vorliegende Überarbeitung des Kerntechnischen Regelwerks in Kraft setzen. Die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg hat bereits angekündigt, es entsprechend anzuwenden.

Aus diesem Grund ist es nicht akzeptabel, dass die Bundesregierung noch zwei Jahre lang eines der alten AKW als so genannte Kaltreserve vorhalten will. Dies ist energiewirtschaftlicher Unsinn, weil nur Gas- und Biomassekraftwerke im Bedarfsfall schnell und flexibel hochgefahren werden können. Und es ist unnötig gefährlich – auch die Fukushima-Reaktoren waren nicht am Netz, als die Kernschmelzen eintraten. Auch ist die behauptete 10 Gigawatt-Stromlücke zu Spitzenzeiten im Winter nicht belegt. Das Ökoinstitut hat errechnet, dass etwaige Stromlücken mit der vorhandenen konventionellen Kraftwerksreserve abgedeckt werden können. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, Verbrauchsspitzen gezielt abzusenken (Lastmanagement). Dies wird bislang noch so gut wie gar nicht genutzt, aber inzwischen sogar von den großen Industrieunternehmen positiv bewertet.

Auch ist es überhaupt nicht nachvollziehbar, warum die beiden AKW-Blöcke Gundremmingen B und C, im wesentlichen baugleich mit den Katastrophenreaktoren in Fukushima, gegenüber dem ursprünglichen rot-grünen Ausstiegsfahrplan mit längeren – und im Übrigen unterschiedlichen – (Rest)Laufzeiten versehen werden sollen, obwohl beide im selben Jahr ans Netz gegangen sind. Es muss alles dafür getan werden, um ein schnellstmögliches Abschalten dieser Risikoanlagen zu erreichen.

Kein Atommüllendlager in Gorleben

In die Endlagerfrage ist endlich Bewegung gekommen, ausgelöst durch die Bereitschaft der neuen grün-roten Landesregierung, eine Endlagersuche auch in Baden-Württemberg zuzulassen. Die Bundesregierung hat aber trotz der jüngsten Zusagen an die MinisterpräsidentInnen noch keinen Schwenk in ihrer Endlagerpolitik vorgenommen. Stattdessen wird in Gorleben weiter gebaut, ein konkreter Vorschlag für eine ergebnisoffene, bundesweite Endlagersuche wurde von der Bundesregierung bislang nicht vorgelegt. Genau das aber erwarten wir, wenn die Ankündigungen vom bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer ernst gemeint sein sollen.

Wir bleiben dabei: Der Bau des Endlagers in Gorleben muss sofort beendet werden. Gorleben als Endlagerstandort ist geologisch ungeeignet und politisch verbrannt. Wir brauchen ein Endlagersuchgesetz, das auf den Empfehlungen des AK End aufbaut. Gorleben kann genauso wenig Standort im Vergleichsverfahren werden wie die gescheiterten Standorte Asse und Morsleben solchen Kriterien standgehalten hätten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden daher alles daran setzen, innerhalb einer Legislaturperiode die Aufgabe des Endlagerstandortes zu erreichen. Die Bundesregierung muss jetzt einen Baustopp in Gorleben aussprechen. Und sie muss ein ergebnisoffenes, bundesweit vergleichendes Endlagersuchverfahren auf den Weg bringen. Im AtG muss die im letzten Herbst eingefügte Enteignungsklausel, die auf einen schnellen Ausbau in Gorleben abzielt, wieder gestrichen werden.

Ansonsten sind wir GRÜNE gemeinsam mit der Anti-AKW-Bewegung und den Umweltverbänden weiterhin bereit, für Massenproteste im Herbst in Gorleben und für einen Atommüllendlager-Wahlkampf in Niedersachsen 2013.

Kein weiterer Atommüll nach Lubmin

Das bundeseigene Unternehmen Energiewerke Nord (EWN), betreibt das Zwischenlager Nord (ZLN) bei Lubmin. Seinerzeit war dieses Zwischenlager nur für Atommüll aus dem Rückbau der Atomkraftwerke in Rheinsberg und Lubmin vorgesehen. Heute gehen Konditionierung und Lagerung radioaktiven Materials weit darüber hinaus. Inzwischen bemüht sich die EWN sogar intensiv um eine Ausweitung der bestehenden Genehmigungen und will Atommüll unbefristet in Lubmin einlagern. Das ZLN droht so zu einem langfristig nutzbaren Zwischenlager zu werden. Dafür ist es nicht ausgelegt.

- Wir wenden uns daher entschieden gegen jede Ausweitung der Atommüll-Lagerung in Lubmin.
- Wir fordern eine Sicherheitsüberprüfung des Zwischenlagers.
- Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, Auftragsarbeiten der bundeseigenen EWN zu unterbinden, die eine Konditionierung oder Einlagerung von Atommüll in Lubmin beinhalten.

Der Kampf um den endgültigen und schnellstmöglichen Atomausstieg und für die grüne Energiewende geht weiter

Die Korrektur der eigenen Fehler durch die Merkel-Regierung und das Abschalten der acht ältesten und unsichersten AKW sind nur ein erster Schritt. Der eigentliche Atomausstieg beginnt erst danach. Und den müssen wir Grüne – spätestens mit neuer Regierungsverantwortung im Bund ab 2013 – in die Hand nehmen.

- Wir müssen und werden die Sicherheit der noch laufenden AKW deutlich verbessern, das ist die Lehre aus Fukushima. Wir wollen daher die Sicherheitsanforderungen erhöhen, das Kerntechnische Regelwerk zügig weiterentwickeln und entsprechende Nachrüstung an den AKW durchsetzen. Alle AKW müssen den Nachweis erbringen, dass ein Absturz eines Passagierflugzeugs nicht zu einer nuklearen Katastrophe führt. Wenn Nachrüstungen erforderlich werden, darf deren Anordnung durch die Atomaufsicht nicht zu Entschädigungspflichten der Allgemeinheit gegenüber den Betreibern führen. Wir wollen die entsprechende Passage im Atomgesetz streichen.
- Der Strahlenschutz muss für das gesamte AKW-Personal deutlich verbessert werden.
- Wir werden endlich die ergebnisoffene, bundesweit vergleichende Suche nach dem bestmöglichen Standort für ein Atommüllendlager umsetzen und den Bau des Endlagers in Gorleben beenden. Die Bergung im absaufenden „End“lager Asse muss zügig angegangen werden. Wir bleiben bei unserer Forderung, die AKW-Betreiber gemäß ihrem Anteil von über 80 Prozent am radioaktiven Potential in der Asse an den Kosten zu beteiligen. Außerdem muss das Konzept der wartungsfreien, nicht rückholbaren Atommüllendlagerung überprüft werden.
- Wir wollen die gesetzlich vorgeschriebenen Rückstellungen der Atomkonzerne für den Rückbau der AKW und die Entsorgung des Atommülls sicher in die öffentliche Hand überführen. Beim Rückbau der Atomanlagen werden wir auf höchstmögliche Sicherheitsstandards und umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung achten.
- Wir wollen, dass umgehend das Amt eines unabhängigen Parlamentarischen Beauftragten für die Energiewende beim Deutschen Bundestag eingerichtet wird, dem speziell die Überwachung (Monitoring) des Atomausstiegs zukommt.

- Um den Atomausstieg konsequent und glaubwürdig zu gestalten, wollen wir auch, dass alle Anlagen zum Kernbrennstoffkreislauf wie die Urananreicherungsanlage Gronau und die Brennelementproduktion Lingen spätestens mit dem Abschalten des letzten AKW in Deutschland ebenfalls geschlossen werden.
- Zu einem konsequenten und glaubwürdigen Atomausstieg müssen letztlich alle Anlagen des Kernbrennstoffkreislaufs wie die Urananreicherungsanlage Gronau oder die Brennelementproduktion Lingen geschlossen werden.
- Deutschland ist von Uranimporten abhängig und daher mitverantwortlich für die Schäden beim Uranabbau vor Ort. Bis zum endgültigen Ausstieg fordern wir Aufklärung über die Herkunft des in deutschen AKWs verwendeten Urans. Gleichzeitig müssen ökologische, soziale und menschenrechtliche Standards beim Abbau des Urans implementiert und ihre Einhaltung kontrolliert werden.
- Wir wollen die Brennelementsteuer solange erheben, wie die AKW am Netz sind und schrittweise anheben. Dadurch werden die ungerechtfertigten ökonomischen Vorteile der Atomkraftwerke verringert. Wahre Preise entziehen der Atomenergie ihre ökonomische Basis.
- Wenn der Ausstieg wirklich glaubwürdig sein soll, dann muss die Grundsatzzusage für die Hermesbürgschaft für den Bau des AKW Angra 3 in Brasilien sofort zurückgezogen werden. Gleichzeitig müssen alle vorliegenden Anträge auf Exportkreditgarantien für Zulieferungen für Atomanlagen bzw. den Export von Atomtechnologien abgelehnt werden. Die Hermes-Umweltleitlinien von 2001 müssen umgehend wieder in Kraft gesetzt und konsequent eingehalten werden.
- Um den internationalen Ausstieg aus der Atomenergie voranzutreiben, muss Deutschland als (Mit-) Eigentümer öffentlich-rechtlicher und privater Banken auf eine Verhinderung der Finanzierung von Atomprojekten hinwirken und sich als Anteilseigner internationaler Entwicklungsbanken für ein Finanzierungsverbot von Atomprojekten einsetzen. Finanzvermögen des Staates muss in Zukunft so angelegt werden, dass Investitionen in Atomenergie ausgeschlossen sind. Bei der staatlichen Riester-Förderung müssen ökologische und soziale Kriterien transparent gemacht werden.
- Forschungsgeld in Deutschland und Europa darf nicht mehr in die Entwicklung atomarer Technologien fließen, sondern in Zukunftstechnologien wie Speichersysteme. Der Erforschung und Entwicklung neuer atomarer Großtechnologien wie Kernfusion und Transmutation erteilen wir eine klare Absage.
- Die Atomkraftwerksbetreiber haben bislang die Risiken der Atomenergie sozialisiert. Das wirkt de facto wie eine Subvention der Atomwirtschaft. Das real gewordene Restrisiko muss versichert werden. Wir wollen die Versicherungspflicht, die sogenannte Deckungsvorsorge, deutlich anheben. Wenn am Versicherungsmarkt keine Deckung zu erzielen ist, sollten die Betreiber verpflichtet werden, ihre Risiken beim Staat gegen Gebühr zu versichern.
- Euratom muss endlich beendet werden.
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisieren, dass UN-Behörden die Öffentlichkeit falsch und völlig unvollständig über die Folgen und die radioaktiven Belastungen durch die Kernschmelzen von Fukushima informiert haben. Wir fordern daher die sofortige Auflösung des Geheimvertrages zwischen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), der der WHO keine eigenständige Öffentlichkeitsarbeit bei Unfällen mit Freisetzung von Radioaktivität erlaubt.

Das Abschalten der AKW ist nur der erste Schritt des Atomausstieges, der zweite ist der endgültige Abbau der stillgelegten Meiler. Erst wenn diese beiden Teile als Einheit behandelt und geregelt sind, wird der Ausstieg aus der Atomwirtschaft irreversibel sein. Für die Finanzierung eines Rückbaus gibt es die gesetzlich vorgeschriebenen Rückstellungen der Atomkonzerne. Ob diese ausreichen ist

heute völlig unklar. Entstehen Mehrkosten, müssen diese von den Eigentümern der AKW tragen werden und nicht vom Steuerzahler.

Wir haben gelernt: Gesellschaftlicher Druck und gesellschaftliche Bündnisse sind nicht nur entscheidend dafür, Ziele politisch zu erreichen, sondern auch dafür, Erreichtes zu verteidigen und tatsächlich zu Ende zu bringen. Für den Atomausstieg werden wir weiter kämpfen, bis das letzte AKW abgeschaltet und Gorleben rückgebaut ist – in den Parlamenten und gemeinsam mit der Anti-AKW- und der Umweltbewegung, auf den Straßen und Plätzen sowie vor den Toren der Anlagen. Zusammen mit den Umweltverbänden und der Anti-AKW-Bewegung sind und bleiben wir Grüne der Garant für den schnellstmöglichen Ausstieg.

Die Zukunft ist erneuerbar, dezentral-demokratisch und effizient-energiesparend

Der schnellstmögliche Ausstieg aus der Atomkraft ist aber nur die eine Seite der Medaille, die andere ist der schnelle Umstieg auf Erneuerbare Energien und ein konsequenter Klimaschutz. Wir Grüne haben insbesondere mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz den Umstieg vor gut zehn Jahren eingeleitet und ihn gegen den erbitterten Widerstand von Schwarz-Gelb verteidigt.

- Gerade jetzt ist die Zeit, weiter Druck für eine echte grüne Energiewende zu machen. Wir müssen raus aus der Atomkraft, endgültig und zügig – und ohne Nostalgie für Kohle und Öl. Deutschland hat die gesellschaftlichen, technologischen und ökonomischen Möglichkeiten, bereits bis 2030 vollständig auf erneuerbaren Strom umzusteigen. Diese Chance wollen wir nutzen. Denn anders als die derzeitige Bundesregierung haben wir Grüne ein Konzept, wie die Energiewende schnellstmöglich und sicher gelingen kann:
- Bis 2020 wollen wir den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung deutlich über 40 Prozent erhöhen. Kurzfristig setzen wir vor allem auf die Windkraft an Land und Solarstrom, mittelfristig werden Windparks auf See immer mehr Strom liefern. Bioenergie wollen wir nachhaltig machen und bedarfsorientiert erzeugen, damit sie gemeinsam mit Geothermie und naturverträglicher Wasserkraft, den Speichermöglichkeiten in Skandinavien und dem Alpenraum sowie neuen Speichern Angebotsschwankungen bei Wind- und Solarstrom klimafreundlich ausgleichen kann.
- Flexibel, dezentral, beteiligungsorientiert und klimaverträglich – so sieht die grüne Energieerzeugung der Zukunft aus. Das heutige Oligopol der Energiekonzerne soll zu einem Markt mit vielen Anbietern werden, an dem sich insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen beteiligen können. Für neue Kohlekraftwerke ist in diesem System kein Platz! Kohlekraftwerke sind Klimakiller – Wir unterliegen nicht der Illusion, dass die riskante CCS-Technologie hier eine Lösung sein könnte. Den Neubau von Kohlekraftwerken wollen wir durch verbindliche hohe Anforderungen an die Effizienz- und Flexibilität unterbinden. Wir setzen in der Übergangszeit auf flexible Gaskraftwerke und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) zur Stabilisierung der Stromversorgung. Dazu wollen wir die Förderbedingungen für KWK verbessern sowie als neues Instrument Kapazitätsmärkte einführen, die nicht nur den erzeugten Strom, sondern auch die Bereitstellung von Kraftwerken ökonomisch honorieren. Dadurch wird ein Markimpuls zur Investition in effiziente und hochflexible Kraftwerke gesetzt, den wir perspektivisch auf den Umbau des Stromsystems hin zu erneuerbaren Energien und besonders auf die Einbindung neuer Speicherkapazitäten hin ausweiten wollen.
- Grün macht Ernst mit dem Energiesparen. Bis 2020 wollen wir den Verbrauch um 20 Prozent senken. Mit einem Mix aus konkreten Energiesparvorgaben, besserer Beratung und Information sowie unbürokratischer und höherer Förderung ist das zu schaffen. Zur Erreichung des 20%-Zieles wird es aber auch auf den Konsum jedes Einzelnen und einer Verringerung des individuellen Fußabdrucks ankommen. Gelingen wird dies nur durch andere Verhaltensweisen in Fragen der Ernährung, des Wohnen, der Mobilität und des Verbrauchs

von Konsumgütern. Wesentliche Grundlage ist ein neues Energieeffizienzgesetz mit verbindlichen Zielen, Sparvorgaben für Energieversorger und Energie-Audits für Unternehmen.

- Wir wollen darüber hinaus die Energiesparförderung deutlich aufstocken. Für die Gebäudesanierung wollen wir jährlich 5 Mrd. Euro aufbringen. Dazu soll das Gebäudesanierungsprogramm erhöht und verstetigt werden. Außerdem wollen wir einen neuen Energiesparfonds in Höhe von 3 Mrd. Euro einrichten, aus dem Information und Beratung, Stromsparmaßnahmen sowie die energetische Sanierung in Quartieren mit hohem Anteil einkommensschwacher Haushalte gefördert werden. Wir wollen zugleich die Rechte der Mieter stärken, die Kosten der energetischen Sanierung gerecht auf Vermieter und Mieter verteilen und die Modernisierungumlage von 11 auf 9 Prozent senken, sowie auf die energetische Modernisierung und den altersgerechten Umbau konzentrieren
- Wir fordern ernstzunehmende Investitionen der Gemeinden, der Bundesländer und des Bundes in Projekte im Bereich der regionalen, erneuerbaren Energieerzeugung, der Energieeffizienz, der Energieeinsparung und des Stromnetzes.
- Wir wollen planungsrechtliche Vorschriften so anpassen, dass baulicher Wärmeschutz und dezentrale Energielösungen, bei Neubau und im Bestand, erleichtert werden. Damit die Energiewende im baulichen Bereich gelingen kann und die Instrumente volle Wirkungen entfalten können, müssen die Kürzungen der Städtebauförderung zurückgenommen werden.
- Wir stellen uns der großen Herausforderung, die Energieinfrastruktur in den kommenden Jahren auf die vollständige Umstellung auf Ökostrom auszurichten. Wir wollen einen Netzausbau unter öffentlicher Kontrolle auf der Grundlage eines „Bundesplan Stromnetze“, der auf transparenten Daten basiert und in einem demokratischen Diskurs legitimiert wird, sowie eine verbindliche Bund-Länder-Initiative zur Beschleunigung der Planungsprozesse. Wir tragen die Beschleunigung beim Netzausbau mit, solange Bürgerbeteiligung ausgebaut und verbessert wird. Für uns steht die frühzeitige und umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger beim Trassenbau an erster Stelle, um ihre tatsächlichen Einflussmöglichkeiten und die demokratische Teilhabe vor Ort sicherzustellen. Wir wollen den Einsatz von Erdkabeln beim Netzausbau deutlich vereinfachen zugunsten sozial- und umweltverträglicher Lösungen und ihrer beschleunigten Realisierung. Hierzu gehören auf allen Neubautrassen die Erdverkabelung von 110-kV-Leitungen im Regelfall sowie zumindest Teilverkabelungen von 380-kV-Leitungen. Mehrkosten sollen von der Bundesnetzagentur anerkannt und auf die Netzentgelte umgelegt werden können. Wir werden ein Entflechtungsgesetz für die Energiewirtschaft auf den Weg bringen, mit dem Energieerzeugung und Netzbetrieb in Deutschland eigentumsrechtlich getrennt und die Netze unter öffentliche Kontrolle gebracht werden.
- Wir wollen durch die Erschließung neuer Speicher die Voraussetzung für eine vollständige und sichere Versorgung aus erneuerbaren Energien schaffen. Eine dezentrale Energiestruktur sowie die Modernisierung der Verteilnetze können den Speicherbedarf und den Ausbaubedarf von Hochspannungsnetzen deutlich senken. Wir wollen durch neue Kabel zu den Wasserspeichern Skandinaviens und in den Alpen kurzfristige Speicherkapazitäten erschließen und heute Geld und Know-How in die Entwicklung neuer Speicherlösungen, etwa die Erzeugung von Wind- bzw. Solargas (Methanisierung), stecken. Eine großräumige Vernetzung der Stromquellen kann den Speicherbedarf deutlich senken.

Wir sehen in der Energiewende in Deutschland gerade auch erhebliche Chancen für den internationalen Klimaschutz und das Erreichen des Zwei-Grad-Ziels. Wenn ein Industrieland wie Deutschland sich aufmacht in ein Zeitalter ohne Atom und Kohle, hat das international eine erhebliche Signalfunktion. Klimabedingte Migration hat in den letzten Jahren stark zugenommen und betrifft mittlerweile Millionen von Menschen weltweit. Deutschland steht hier als eines der Länder, deren Entwicklung das Weltklima stark belastet hat, in einer besonderen Verantwortung. Deshalb müssen

konkrete Projekte vor allem in den ärmsten Ländern der Welt unterstützt und realisiert werden. Das ist nur möglich, wenn die für den internationalen Klimaschutz zugesagten Gelder ohne Abstriche zu Verfügung stehen. Doch die Bundesregierung belastet den Energie- und Klimafonds mit zusätzlichen Ausgaben wie der Strompreiskompensation für energieintensive Branchen oder den Förderprogrammen für Elektromobilität, ohne dass sie die Einnahmen entsprechend erhöht. So wird der internationale Klimaschutz auf die lange Bank geschoben und damit eine wichtige Chance vergeben. Und so wird dem Prinzip der internationalen Klimagerechtigkeit und Solidarität Hohn gesprochen.

Das Konzept der Grünen Energiewende zeigt, wie sehr im Gegensatz dazu die schwarz-gelbe Bundesregierung in der Energie- und Klimapolitik im Gestern verharrt. Deswegen beurteilen wir die Vorschläge, die uns die Bundesregierung in insgesamt acht Gesetzesvorhaben zum Atomausstieg und zur Energiewende vorlegt, differenziert. Vieles ist mit der heißen Nadel gestrickt. Vieles ist halbgar, einiges ganz falsch. Einige Schritte gehen in die richtige Richtung, aber reichen bei weitem noch nicht aus. Den Atomausstieg wollen wir unterstützen – eine unsinnige Kaltreserve, mangelhafte AKW-Sicherheit, fehlende Endlagersuche und eine Energiewende, die zurück zur Kohle will, sind für uns dagegen nicht zustimmungsfähig.

Seit mehr als 30 Jahren kämpfen wir konsequent für den Atomausstieg und den Einstieg in die Erneuerbaren Energien. Eine wichtiger Sieg ist nun errungen, aber der Kampf geht weiter: für die schnellstmögliche Abschaltung aller Atomkraftwerke und die Lösung für den Umgang mit Atom-müll, für den kompletten Umstieg unserer Energieversorgung auf erneuerbare Quellen, für besseren Klimaschutz und internationale Klimagerechtigkeit – und gegen schwarz-gelbe Bremser und Rollback-Versuche der Konzerne.

Als erstes Industrieland kann Deutschland die Energiewende schaffen – und wir GRÜNE sind dafür die treibende politische Kraft.